

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Einleitung	1
<i>1. Kapitel: Die Parteienrechtslehre als Teilgebiet der Parteienforschung</i>	8
I. Parteienforschung und Parteientheorien	9
1. Die Dilemmata einer allgemeinen Parteientheorie	9
2. Empirische und normative Parteientheorien	14
II. Die Kontextualität der Parteienrechtslehre	18
1. Die Interdependenz von Parteien und politischem System	18
2. Die Parteien und die Geschichte des Parlamentarismus im deutschen Vormärz	22
3. Die Parteien als Untersuchungsgegenstand des Staatsrechts und der Staatstheorie	26
a) Das Staatsrecht als „politisches Recht“	26
b) Das ambivalente Verhältnis zwischen dem Staatsrecht und den Parteien – historische Entwicklung	28
c) Die Parteien und der Geltungsanspruch des Verfassungsrechts	32
III. Parteiengenese im Lichte sozistruktureller und ideeller Konfliktprozesse	35
1. Konfliktsituationen als Katalysatoren für die Entstehung von Parteien	35
2. Milieubedingte, ideologische und regionale Konflikte in der deutschen Parteiengeschichte	38
IV. Die Typologie als Instrument der Parteienforschung	41
1. Die Determiniertheit einer umfassenden Parteientypologie ...	41
2. Die Evolution der Parteien und die Parteientypologie	43

V. Partefunktionen	47
1. Die funktionale Methode in der Parteienlehre	47
a) Grundprobleme des funktionalen Ansatzes	48
b) Der heuristische Wert des Funktionskonzepts	50
2. Die multiplen Partefunktionen	51
VI. Bedeutende Parteienlehren in der deutschen Rechtswissenschaft ..	55
1. Die Parteienstaatslehre von Gerhard Leibholz	55
a) Die Antinomie zwischen Repräsentativsystem und Parteienstaat	56
b) Kritik und Langzeitwirkung	58
2. Die Statuslehre von Konrad Hesse	61
3. Neuere Ansätze von Hans Herbert von Arnim, Dimitris Th. Tsatsos und Martin Morlok	63
 <i>2. Kapitel: Das deutsche Parteiensystem zwischen Kontinuität und Wandel</i>	68
I. Wandel der Parteien und Wandel des Parteiensystems	69
1. Die Konfiguration von Parteiensystemen	69
2. Parameter für den Wandel von Parteiensystemen	72
a) Länderübergreifende Entwicklungslinien	73
b) Parteiensystemtransformation	74
II. Die Kontinuitätsphase des westdeutschen Parteiensystems der Nachkriegszeit	76
III. Strukturelle Mutationen im Parteiensystem nach der Kontinuitätsphase	80
1. Postmaterialistische Konfliktlinien und die Entstehung der „Grünen“	80
2. Die Besonderheiten des ostdeutschen Parteiensystems nach der deutschen Einheit	85
a) Die Entwicklung der einzelnen Parteien nach der Wiedervereinigung	86
b) Organisations- und Integrationsdefizite der Parteien in Ostdeutschland und die Folgen für das Parteienspektrum ..	89
3. Der Wandel der Mitgliederstruktur	91
a) Rückläufige Mitgliederzahlen	91
b) Schwächung des kollektiven Organisationspotentials	92

4. Die Professionalisierung der Parteien	95
a) Die Verberuflichung der Politik	96
b) Die Professionalisierung der Politikvermittlung	97
5. Die Medialisierung der Parteien	99
a) Die Veränderungen im Medienspektrum und ihre Folgen für das politische System	99
b) Die Parteienkommunikation und der Mediensektor	101
IV. Rechtlicher Ausblick	103
 <i>3. Kapitel: Die Parteidemokratie zwischen Glaubwürdigkeitsverlust, Leistungsschwäche und Normalität</i> 105	
I. Bestandsaufnahme	106
1. Politik- und Parteienverdrossenheit	106
a) Politikverdrossenheit als diffuses und virulentes Phänomen ..	106
b) Die Parteien im Fokus öffentlicher Kritik	109
c) Die Hintergründe der Parteienkritik	111
2. Wahlenthaltung und Flexibilisierung des Wahlverhaltens	112
a) Sinkende Wahlbeteiligung	113
b) Sinkende Parteibindung	115
3. Die oszillierenden Erfolge der Protest- und Rechtsaußenparteien	116
4. Gesellschaftliche Distanz zur politischen Klasse	121
a) Politische Klasse und Elitentheorie	122
b) Kritik an der politischen Klasse	124
II. Ursachenforschung	125
1. Erwartungshaltungen der Gesellschaft und Adoptions- probleme der Großparteien	125
2. Parteipolitische Skandale	129
3. Parteidifferenz und Parteienkonvergenz	132
a) Rechts-Links-Dimension im Parteiensystem	133
b) Konvergenzprozesse und ihre Folgen	134
III. Dauerkrise des Parteiensystems?	136
IV. Rechtlicher Ausblick	140

<i>4. Kapitel: Art. 21 Abs. 1 GG als konstitutionelle Grundsatznorm für die politischen Parteien</i>	142	
I. Verfassungsrechtliche Qualifikation des Parteienartikels		143
1. Die institutionelle Komponente des Art. 21 Abs. 1 GG	143	
a) Der Begriff der „Institution“ als Topos im Parteienrecht ..	143	
b) Die Rechtsfigur der Einrichtungsgarantie	144	
c) Die Bedeutung der institutionellen Gewährleistung nach Art. 21 Abs. 1 GG	146	
d) Institutionelle Garantie und staatliche Parteienfinanzierung	148	
2. Der fragmentarische Charakter des Parteienverfassungsrechts .	151	
a) Politische Willensbildung als multidimensionaler Prozess ..	152	
b) Parteienregierung und Verfassungsstruktur	153	
3. Die Parteienfreiheit als subjektives Recht	158	
4. Das changierende Wesen der Parteien	163	
II. Konturierung des Parteienrechts durch den Parteibegriff		167
1. Der Parteibegriff im Lichte neuer Partizipationsformen	169	
a) Funktionale Rekonstruktion des Parteibegriffs	169	
b) Verobjektivierung und Offenheit des Parteibegriffs	170	
2. Rechtliche Friktionen im Kontext des Partiestatus	173	
a) Die Nichtanerkennungsentscheidung des Bundeswahlausschusses	173	
b) Die sog. „Rathausparteien“	175	
III. Politische Willensbildung als normatives Leitbild und verfassungspolitische Praxis		179
1. Parteien und Massenmedien im System öffentlicher Kommunikation	179	
a) Politikvermittlung „nach außen“ und „nach innen“	179	
b) Demokratiespezifische Gefahrenlagen in den massenmedialen Kommunikationsprozessen	181	
2. Die Interaktionen zwischen Parteien und Massenmedien	183	
a) Kritik an der „Mediokratie“-These	183	
b) Verkoppelungsstrukturen im Parteien- und Mediensystem .	185	
3. Aufgabekritik	187	
a) Parteiaufgaben und parteientheoretisches Integrationsmodell	187	
b) Finanzielle Implikationen	189	
c) Gebot aufgabenbezogener Selbstbeschränkung	190	

<i>5. Kapitel: Das Parteienrecht als regulative Ausformung des politischen Konkurrenzmodells</i>	192
I. Das Konkurrenzprinzip als Konstituante demokratischer Regierungssysteme	193
1. Marktorientierte Demokratiekonzeptionen	194
2. Die Mehrheitsdemokratie und ihre Referenzfunktion	195
II. Der Wettbewerb als elementarer Faktor des Parteienrechts	197
1. Die Parteienkonkurrenz und die Responsivität des Repräsentativsystems	197
2. Anforderungen an das Parteienwettbewerbsrecht	198
III. Binnenkonkurrenz und innerparteiliche Demokratie	200
1. Die Wettbewerbsrelevanz des Art. 21 Abs. 1 S. 3 GG	200
a) Elitezentrische Modelle und grundgesetzliches Partizipationskonzept	200
b) Demokratische Grundsätze mit Wettbewerbsbezug	202
2. Die Wettbewerbskonfiguration im Parteibinnenbereich	204
3. Die Verzahnung des innerparteilichen und zwischenparteilichen Wettbewerbs	208
a) Parteiinterne Koalitionsbildung	208
b) Interner Wettbewerb und äußeres Erscheinungsbild der Parteien	210
IV. Der Parteienwettbewerb und das Prinzip der Chancengleichheit .	213
1. Die Chancengleichheit aus individual- und kollektivrechtlicher Perspektive	213
a) Die Einbeziehung des Bürgers in den kollektiven politischen Wettbewerb	214
b) Der Staat und der Bürger im politischen Wettbewerb	216
2. Wettbewerbsbedingungen und Wettbewerbsetappen	217
3. Chancengleichheit und fairer Wettbewerb	221
a) Die „Splitterparteien“ in der höchstrichterlichen Rechtsprechung	222
b) Einwirkungen auf den Wettbewerb durch öffentliche Leistungen	225
4. Wettbewerbseinschränkung durch „Parteienkartelle“	229

<i>6. Kapitel: Normative Prägung des Parteiensystems</i>	
<i>durch Verfassungsprinzipien</i>	234
I. Die Parteien und das Demokratieprinzip 235	
1. Die Wechselbezüglichkeit von demokratischer	
Verfassungsordnung und parteigem Regierungssystem ..	235
2. „Parteidemokratie“ und „Parteienstaat“	240
3. Die Parteien und das Prinzip demokratischer Repräsentation ..	244
a) Repräsentation und Legitimation	245
b) Diskurs, Vermittlung und Rückkoppelung	246
c) Responsive Demokratie	248
4. Schwächung der Legitimationsbasis der Parteien	250
a) Friktionen im Rückkoppelungsverhältnis	250
b) Die Mitgliederpartei in der Diskussion	251
II. Die Parteien und der Gewaltenteilungsgrundsatz 254	
1. Die Parteien als gewaltenübergreifende Institutionen	254
a) Die Parteien als intermediaire Gewalten	255
b) Die Parteien und der Grundsatz personeller	
Funktionentrennung	257
c) Politische Staatsleitung und informelle Gremien	258
2. Parteienkonkurrenz und Gewaltenteilung	260
3. Föderative Gewaltenteilung und „Parteienbundesstaat“	264
III. Die Parteien und der Grundsatz des freien Mandats 269	
1. Das freie Mandat und die Repräsentationsfunktion	
des Abgeordneten	269
2. Konzepte intensiver parteipolitischer Mandatsbindung	273
3. Das freie Mandat und die faktischen Abhängigkeiten	
des Abgeordneten	277
IV. Die Parteien und das Prinzip streitbarer Demokratie 280	
1. Die Parteien als Grundbaustein im Konzept streitbarer	
Demokratie	280
2. Einsatz nachrichtendienstlicher Instrumente gegen Parteien ..	285
3. Das Parteiverbot	290

7. Kapitel: Der europäische Parteienverbund	296
I. Die Europäisierung der Parteiensysteme: Kooperationsprozess statt „Cleavage-Phänomen“	297
1. Historischer Abriss	297
2. Schwach ausgeprägte gesamteuropäische Konfliktlinien	300
II. Markante Entwicklungen im europäischen Parteiensystem	302
III. Der Rechtsbegriff der „politischen Partei auf europäischer Ebene“	305
1. Der Parteibegriff aus rechtsvergleichender Perspektive	305
2. Die rechtspolitische und wissenschaftliche Kontroverse über den Parteibegriff	309
3. Der Parteibegriff und der Weg zur Parteien-Verordnung	312
4. Die Unzulänglichkeiten des sekundärrechtlichen Parteibegriffs	314
IV. Die europäischen Parteien und die Inputstrukturen im Institutionengefüge der Union	318
1. Die europäischen Parteien als Akteure im europäischen Mehrebenensystem	318
2. Die europäischen Parteien und der Exekutivföderalismus	321
a) Die gouvernementale Verfasstheit der Europäischen Union	321
b) Parteipolitik im Rat und im Europäischen Rat	322
3. Die europäischen Parteien und das Europäische Parlament	324
a) Die parlamentarische Kontrollfunktion	325
b) Das Verhältnis zwischen den europäischen Fraktionen und den europäischen Parteien	327
4. Die europäischen Parteien und die Kommission	329
V. Relevante Parameter für die Konfiguration und Leistungsfähigkeit des europäischen Parteiensystems	334
1. Das europäische Wahlsystem	334
a) Wahlbeteiligung und europäischer Parteibegriff	334
b) Unitarisches Wahlrecht und Wahlvorschlagsberechtigung	336
2. Die Finanzierung der europäischen Parteien	338
3. Das Wettbewerbs- und das Konkordanzprinzip	341
a) Konsensmechanismen, Parteienkonkurrenz und Parteiendifferenz	341
b) Mehrebenensystem und Konkordanzdemokratie	343
4. Europäische Öffentlichkeit	345

VI. Die europäischen Parteien als verhinderte Akteure im politischen System der Union	349
8. Kapitel: Parteienfinanzierung	353
I. Parteienfinanzierung und Parteientypologie	354
1. Der gestiegene Finanzbedarf im Parteiensektor	354
2. Das Finanzierungskonzept einzelner Parteientypen	356
II. Parteienfinanzierung im europäischen Vergleich – die Beispiele Großbritanniens und Österreichs	359
1. Das britische Finanzierungskonzept	360
2. Das österreichische Finanzierungskonzept	362
III. Die Entwicklung der Einnahmen deutscher Parteien aus der Retrospektive	366
1. Statistische Schwierigkeiten und Bewertungsfragen	366
2. Das Verhältnis von Gesamt- und Staatseinnahmen	369
IV. Staatliche Parteienfinanzierung und Demokratieprinzip	373
1. Die Schwächen im Konzept der „Staatsfreiheit der Parteien“ ..	373
2. Staatliche Parteienfinanzierung und responsive Demokratie ..	376
V. Die Parteienfinanzierung und das Prinzip des fairen Wettbewerbs	379
1. Die Parteienfinanzierung und der Wettbewerb im Parteiensektor	379
2. Staatliche Parteienfinanzierung und die sog. „Petrifikationsthese“	379
3. Finanzierungsrelevante Fragen beim Eintritt in den parteipolitischen Wettbewerb	382
4. Gleichheit der Wettbewerbschancen und Spendenannahmeverbote	386
VI. Die Parteienfinanzierung und der Grundsatz innerparteilicher Demokratie	391
1. Finanzmittel als Machtressource im innerparteilichen Gefüge ..	391
2. Innerparteiliche Finanzordnung und Parteiengesetz	393
3. Innerparteiliche Finanzordnung und Parteisatzungsrecht ..	397
4. Innerparteiliche Finanzordnung und verfassungsrechtliches Transparenzgebot	400

<i>9. Kapitel: Parteien und Wahlen</i>	406
I. Konnexität von Wahlen und Parteien	407
1. Verbindende Elemente	407
2. Parteibegriff, Parteistatus und Wahlen	409
II. Wirkungszusammenhänge zwischen Wahl- und Parteiensystem ..	413
1. Wahlsystemeffekte	413
2. Soziologische und normative Faktoren	416
III. Verhältniswahl, Mehrheitswahl und Parteien	417
1. Die Parteien in der abstrakten Wahlsystemdiskussion	417
2. Die Parteien in der konkreten Wahlsystemanalyse	420
IV. Die Dominanz der Parteien in der personalisierten Verhältniswahl des BWahlG	423
1. Parteien und Landeslisten	423
a) Das Listenmonopol der Parteien	424
b) Landesliste und Unterschriftenquorum	426
c) Die starren Listen und der Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl	428
2. Parteien, Listenkandidaten und Wahlkreiskandidaten	431
3. Innerparteiliche Fragen der Listenaufstellung	435
V. Die Parteien in der jüngeren Diskussion über ein mehrheitsbildendes Wahlsystem	439
1. Drei Debatten über ein mehrheitsbildendes Wahlsystem im Vergleich	439
2. Das britische Wahlsystem als Referenzmodell	444
3. Wahlsystemreform und Veränderung des Parteiensektors	448
<i>10. Kapitel: Das Parteienrecht als normativer Eckpfeiler im Parteienstrukturwandel</i>	453
I. Die Kapazitäten des Parteienrechts als Steuerungsmedium	454
1. Die steuerungswissenschaftliche Perspektive	454
2. Das Parteienrecht und die weiteren Steuerungsmedien im Parteiensystem	456
3. Das Parteienrecht als Freiheitsrecht und Sanktionsrecht	460
4. Das Parteienrecht als Rahmenrecht und detailliertes Recht	465

II. Das Parteienrecht und die „Entscheidungen in eigener Sache“ ...	468
1. Die Selbstbetroffenheit politischer Entscheidungsträger	468
2. Ausbalancierende Instrumente im Parteienrecht	469
III. Das Parteienrecht im Kontext repräsentativ- und direktdemokratischer Konzepte	472
1. Direktdemokratische und repräsentative Elemente im Parteienbinnenrecht	472
2. Ausbau plebiszitärer Mechanismen durch Parteiensatzungsrecht	475
IV. Das Parteienrecht zwischen verfassungsgerichtlicher Jurisdiktion und Gesetzesrecht	479
1. Der Kontrollauftrag des Bundesverfassungsgerichts	479
2. Verfassungsgerichtliche Kontrolle im Parteienfinanzierungsrecht	481
3. Verfassungsauslegung, Verfassungsförderung und Parteiengesetzesrecht	484
V. Entwicklungsperspektiven eines gemeineuropäischen Parteienrechts	486
1. Funktion und Defizite des europäischen Sekundärrechts	486
2. Impulse durch die EMRK	488
Resümee	493
Literaturverzeichnis	503
Personen- und Sachregister	565
